Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 10,20, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen, für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher { Schriftleitung: Zentrum 618, 964, 965, 1580, 1582, 1583
Sammel-Nummer: Amt Moritzplatz 1580
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1903, 3248, 3396
Postscheckkonto: Berlin 25 632.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die neungespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Anfragen sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 119. [58. Jahrgang.] Mittwoch 12. März 1919. Morgen-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 119.

Deutschlands Knebelungen.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung".

Paris, 11. März.

Die Beschlüsse des Zehnerrats über die künftige Wehrmacht Deutschlands werden durch eine ganze Reihe von Zusatzbestimmungen ergänzt, die dem Zweck dienen sollen, jede Wiederherstellung des preußischen Militärismus zu verhindern. So wird die Aufhebung aller höheren Kriegsschulen gefordert werden und das Verbot, in Schulen und Turnvereinen militärischen Unterricht zu erteilen, erlassen werden. Die Durchführung dieser und ähnlicher Vorschriften wird durch eine ständige Kommission der Alliierten gesichert werden. Die Einzelheiten der Bestimmungen werden gegenwärtig durch die militärischen Sachverständigen ausgearbeitet. Am kommenden Freitag, also noch am Tage der Ankunft Wilsons, wird dann die zweite Lesung der militärischen und maritimen Bedingungen des definitiven Waffenstillstandes stattfinden.

Die maritimen Bedingungen des Waffenstillstandes mit Deutschland werden voraussichtlich in der Hauptsache dahin gehen, daß den Deutschen verboten wird, in irgendeiner Form eine Kriegsflotte zu unterhalten, die für größere Aufgaben als diejenigen des Polizeidienstes geeignet wäre. Die ganze Politik der Entwaffnung, wie sie von der Pariser Konferenz eingeschlagen wird, erweckt in der französischen Presse keine große Zufriedenheit. Es wird vielmehr unter den verschiedensten Gesichtspunkten eine scharfe Kritik geübt. So bemerkt das „Echo de Paris", daß der Vorfriedensentwurf des Völkerbundes zwar ein Maximum an Kontrolle über Deutschland zugestehe, daß es aber fraglich sei, ob ein derartig überwachtes Deutschland den Militarismus leichter überwinden werde, als ein Deutschland, dem man etwas mehr Bewegungsfreiheit ließe. Die Unterzeichnung des Vorfriedens wird hier für Ende April erwartet.

Paris, 11. März. Der Oberste Kriegsrat, der die Größe des deutschen Heeres festlegt, bestimmte endgültig die Zahl der Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, die Deutschland behalten darf und beschloß, daß Deutschland keine Tanks und keine Kriegsflotte haben darf. Es darf nur 15000 Matrosen zurückbehalten und nur wenige Flugzeuge besitzen. Die Vorräte an Material und Munition, die die festgesetzte Menge übersteigen, müssen vernichtet und dürfen nicht erfaßt werden.

Der Rat beschloß, den kleinen Mächten in der Finanzkommission 6 Vertreter und in der Wirtschaftskommission 7 Vertreter zuzugestehen.

Eine italienische Warnung an Frankreich.

to. Lugano, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Secolo" wendet sich in einem „Frankreich am Rhein" überschriebenen Leitartikel heftig gegen die französischen Annexionsforderungen gegenüber Deutschland. Das Blatt erinnert daran, daß der Artikel 8 der Botschaft Wilsons die Wiedergutmachung des Frankreich im Jahre 1871 angetanen Unrechts verlange. Clemenceau und andere wollen Frankreich über die Grenze von 1814 zurückgeben, und Briand habe in einem Rund-schreiben an die Botschafter sogar die Grenzen von 1790 gefordert. Außerdem sei von mannigfachen Gebietsforderungen auf dem linken Rheinufer die Rede. Der „Secolo" betont, daß hinter den gelehrtlichen Argumenten, die in der französischen Presse für diese Ansprüche geltend gemacht würden, nur der Wunsch stehe, für die blühende Stahlindustrie in Lothringen die nötigen Kohlen für Frankreich zu beschaffen. Der „Secolo" mahnt die Diplomaten, sich der Lehre des Vertrages von Brest-Litowsk zu erinnern, sowie daran, daß die Entente stets behauptet habe, für die Ideale der Gerechtigkeit zu kämpfen. Ein neuer Gewaltfrieden ließe durch die unvermeidliche Rache der Völker jeden internationalen Vertrag als wertlos erscheinen. Wenn diejenigen, die so viel Blut für die Gerechtigkeit vergossen hätten, nun darauf verzichteten, gerecht zu sein, wo wolle dann der Völkerbund sein moralisches Ansehen hernehmen, um die gefaßten Beschlüsse durchzuführen? Weiter heißt es im „Secolo": Mögen sich die Diplomaten nicht täuschen. Solche Fragen werden nicht nur von den Sozialdemokraten wiederholt, sondern sie ballen auch wider in den Herzen der Krieger, denen man vier Jahre lang gesagt hat, sie müßten nur die Gerechtigkeit und den Frieden verteidigen.

Die europäische Versorgungs- und Wirtschaftsfrage.

to. Lugano, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Im „Corriere della Sera" behandelt Barzini die europäische Versorgung und die Wirtschaftsfrage in einer eingehenden Studie, die auf Mitteilungen des englischen Transportministers Beale beruht. Der Artikel führt aus, daß in allen beteiligten Ländern ohne Ausnahme die menschliche Arbeitskraft nachzulassen beginne. Es mache sich überall eine starke Erschöpfung der Arbeiter geltend. Der ganze Kreislauf des internationalen Verkehrs bedürfe im Vergleich zu früher der doppelten, wenn nicht der dreifachen Zeit, und es wäre gerade jetzt eine Steigerung des Verkehrs notwendig, wenn Europa wieder zu Kräften kommen solle. In bezug auf Deutschland glaubt Beale, daß daß, selbst wenn Deutschland in die Auslieferung seiner Handelsflotte willigen würde, die Wirkung der Versorgung durch die Alliierten erst Mitte Juni in Deutschland praktisch bemerkbar machen werde.

Hinsichtlich des Zwischenfalls von Spaa ist zu sagen daß Beale eine Lösung voraussieht, die sowohl die Alliierten wie die Deutschen befriedigen wird. Es wird nämlich vielleicht einerseits nur die allmähliche Auslieferung der Handelsflotte verlangt und anderseits die hinreichende Verproviantierung Deutschlands sichergestellt werden.

Mahnruf an die Bergarbeiter.

Das Reichsministerium gegen die Streiks.

Eigene Drahtmeldung.

Berlin, 11. März.

Das Reichsministerium erläßt durch Maueranschlag und durch Flugblattverteilung folgende Kundgebung an die Arbeiter:

Der Generalstreik in Berlin ist zu Ende, in Mitteldeutschland, im Westen und überall im ganzen Reich hat die Arbeiterschaft die Streiks abgebrochen. Warum? Weil die Arbeiter erkannt haben, daß solche Streiks sinnlos und zwecklos sind. Sie sind sinnlos, weil sie sich gegen die Arbeiter richten, sie sind überflüssig, weil die Regierung von sich aus, einfach ihrem Programm folgend, alles tut, um schleunigst die berechtigten Wünsche der Arbeiter zu erfüllen und die Wirtschaft zu sozialisieren. Mit dem Kohlenbergbau ist der Anfang gemacht. Die Kohlengruben werden zu Zwangssyndikaten zusammengeschlossen und diese Syndikate werden geleitet von einer Körperschaft, in der Ihr Arbeiter ebenso stark vertreten seid, wie die Unternehmer. So kommt das entscheidende Mitbestimmungsrecht über die ganze Kohlenindustrie in Eure Hände. Die Betriebsräte werden in der Verfassung verankert, können also nicht mehr aufgehoben werden. Sie erhalten Aufsichtsrechte über die sozialisierten Betriebe. Arbeiter, laßt Euch von den Streikhetzern nicht einreden, das, was die Regierung bringt, sei nicht genügend oder belanglos. Wäre es das, so hätten die Vertreter der kapitalistischen Interessen sich nicht so leidenschaftlich dagegen gesträubt. Der Weg, den die Regierung beschreitet, ist der einzige, der ohne Zerstörung, die uns alle zugrunde richtet, zur Sozialisierung und zum Sozialismus führt. Wohin aber führt Euer Streik? Dazu, daß gar nichts mehr sozialisiert werden kann, weil alles zerstört und ruiniert ist, zur Arbeitslosigkeit Euer Volks- und Klassengenossen, zur weiteren Verarmung aller, zur Abschneidung der Städte von Nahrung, Heizung und Licht, zum Hungertod von Frauen und Kindern, zur Not, zur Entbehrung für Euch und Eure Familien. Arbeiter besinnt Euch! Geht an die Arbeit! Dann fällt Euch die wirtschaftliche Macht von selbst in den Schoß. Dann kann der Sozialismus von niemand mehr aufgehalten werden.

* * *

Beuthen, 11. März. Im Ausstande befinden sich gegenwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 20 000 Mann und drei Hütten, nämlich Laurahütte, Borsigwerk und Julienhütte. Bisher sich haben sich die Arbeiter nur widerwillig dem Ausstande angeschlossen. Von einem Generalstreik kann nicht die Rede sein.

Holländische Gebietsfragen.

R. Basel, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Berichterstatter der „Basler Nachrichten" schreibt seinem Blatte: Man hat Anlaß zu der Annahme, daß die Bestrebungen Hollands über Gebietsverluste sich nicht im vollen Umfang rechtfertigen. Es war eine Berichtigung der holländisch-deutschen Grenze in Friesland in Aussicht genommen worden als Entschädigung für die von Belgien gewünschten Gebietsteile. Dies geschah unter dem Vorbehalt einer freundschaftlichen Verständigung. Jetzt aber stellt sich heraus, daß einzelnes die als Entschädigung gewählten Gebiete vollkommen deutsch sind, daß ihre Einwohner deutlich zu bleiben wünschen und daß Holland sie nicht begehrt; anderseits steht fest, daß die Bewohner der von Belgien gewünschten Gebiete unter allen Umständen bei Holland bleiben wollen. Unter diesen Umständen scheint es geraten, an die Grenzstände, wenigstens in der Provinz Limburg, nicht zu rühren. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß in Seeländisch-Flandern die Grenze zugunsten Belgiens verbessert wird.

Tittoni über das Kolonialprogramm des Verbandes.

to. Lugano, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Stefani-Bericht besprach am Montag im Senat der frühere Minister des Aeußeren Tittoni das vom „Temps" veröffentlichte Kolonialprogramm. Tittoni führte aus, das Mandat Italiens im Kleinasien sei völlig ungenügend, da es die unwirtlichen Höhen des Taurus und die Wüste von Konia umfassen würde, die fruchtbare Ebene von Mersina und Adana dagegen ausschließe; ebenfalls sei von Tripoli mit seinen von Italien so dringend benötigten Kohlengruben nicht die Rede. Man habe Italien seiner Kompensationen in Afrika versprochen, wenn die Alliierten die deutschen Kolonien ganz oder teilweise erhielten. Tittoni erklärte, man könne Italien diese Kompensationen nicht vorenthalten, auch wenn die Besetzung der Kolonien auf Grund eines Mandates des Völkerbundes stattfinde. Ohne ein Hinterland für seinen Handel könne Italien mit seinen bisherigen Besitz sich nicht zufrieden geben. Anstelle des abwesenden Ministerpräsidenten erklärte Minister Cosiglio, er könne während der Abwesenheit des nach Paris abgereisten Ministerpräsidenten auf die Anfragen Tittonis keine Antwort erteilen. Er danke indessen Tittoni für seine für die italienischen Delegierten ermutigenden Worte, die er an Orlando weiterleiten werde in der Ueberzeugung, daß Tittoni im Sinne des ganzen Hauses gesprochen habe.

Die Franzosen in Mannheim.

or. Karlsruhe, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Abschnittskommandeur forderte außer der Niederholung der roten Fahne auf dem Mannheimer Schloß die Waffeneinziehung bei allen Zivilpersonen und die Auflösung der Selbstschutzwehr. Falls diese Forderungen nicht restlos erfüllt werden, sind weitere Maßnahmen der französischen Militärbehörde zu erwarten, wobei, wie die Landeszentrale schreibt, eine Besetzung der Städte Mannheim und Karlsruhe durch schwarze Franzosen keineswegs außer dem Bereich der Möglichkeit liege.

Der Lichtenberger „Friedensvorschlag".

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterbreitete dem Reichsinnenminister das Gesuchen, die Aktion der Regierungstruppen gegen Lichtenberg einzustellen. Zu den angebotenen Bedingungen gehörte die Aufstellung einer Volkswehr, in die auch geeignete Spartakisten eintreten sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Straffreiheit für alle während der Kämpfe in die Hände der Regierungstruppen gekommene und auch sonst an den Kämpfen beteiligt gewesene Spartakisten gefordert. Der Reichswehrminister hat dem Bürgermeister und der Bürgerschaft von Lichtenberg die größte Schonung der Stadt zugesichert; eine Einstellung der vor irer Bewegung stehenden Operationen kann jedoch, gerade um der Bevölkerung willen, nicht erfolgen, vielmehr muß endgültig auch dieser Stützpunkt der Spartakisten gereinigt werden, damit dauernd die Bevölkerung der Stadt Lichtenberg ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen kann.

Kämpfe an der Warschauer Brücke.

Im Laufe des Dienstag spielten sich heftige Kämpfe in der Nähe der Warschauer Brücke ab. Die Regierungstruppen beschossen die Barrikaden der Kommunisten so intensiv, daß nachmittags gegen 2 Uhr Artillerie und Minenwerfer über die Warschauer Brücke hinüber gebracht werden konnten. Die Spartakisten hatten an der Spree einen Minenwerfer aufgebaut und erwiderten von dort das Feuer.

* * *

Die Säuberungsaktion und die Waffenruhe schreitet planmäßig vor. Es war gestern dem Stab Reinhard gemeldet worden, daß aus Lichtenberg Banden geflüchtet seien und sich in der Chodowieckistraße verborgen hielten, um zur gegebenen Zeit einen Handstreich auf die in der Nähe befindlichen städtischen Gaswerke auszuführen. Um 3 Uhr nachmittags rückten Truppen an und sperrten den Häuserblock von der Prenzlauer Allee bis zur Winsstraße ab, während Patrouillen die Dachböden nach Kommunisten durchsuchten. Diese Nachforschungen zeitigten leider wenig Erfolg. Ebenso wurde in der Kochhanstraße eine größere Säuberungsaktion vorgenommen.

Massenverhaftungen bei der Volksmarinedivision.

24 Mann standrechtlich erschossen.

Regierungstruppen ist es am Dienstag gelungen, ein großes Spartakistennest auszunehmen, in dem die Angehörigen der aufgelösten Volksmarinedivision, sowie Mannschaften der Republikanischen Soldatenwehr zusammenkamen. In der Französischen Straße 32 wurde die Kassenverwaltung der Volksmarinedivision von Regierungstruppen besetzt. Dort wurden 18 000 Mark beschlagnahmt. Frühere Angehörige der jetzt aufgelösten Volksmarinedivision, die sich von dort nach Spandau abfahren wollten, sind festgenommen. Durch die Festnahme sind auch Angehörige der Republikanischen Soldatenwehr mitbetroffen worden, die nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen werden konnten. Die Gefangenen trugen teilweise noch Waffen. Infolgedessen kam es bei der Verhaftung zu tätlichem Widerstand. Von den rund 250 Gefangenen mußten 24 auf der Stelle standrechtlich erschossen werden. Die übrigen sind unter starker Bedeckung in das Moabiter Zellengefängnis eingeliefert worden und sehen dort einer Aburteilung durch das außerordentliche Kriegsgericht entgegen. Man fand ein riesiges Lager Feuerwaffen, Handgranaten, Maschinengewehren sowie Mengen von Dum-Dum-Geschossen.

* * *

Nach den jetzt vorliegenden Meldungen wurden bei der Erstürmung des Volksmarinehauses erbeutet: 2 Feldgeschütze, 125 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, Wäschesachen und sonstigem unterschlagenen Militärgut.

Die standrechtlichen Erschießungen.

Die Nachrichten verschiedener Blätter über widerrechtliche Erschießungen von Gefangenen im Polizeipräsidium Berlin bestätigen sich nicht. Die Gefangenen werden, falls sie nicht mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend betroffen werden, dem ordentlichen Richter zugeführt. Im übrigen ist im Polizeipräsidium, wie wir zuverlässig erfahren, nur eine geringe Zahl standrechtlicher Erschießungen vorgenommen worden.

(Siehe auch Seite 3.)

Die Krisis der Sozialdemokratie.

Von

Dr. Paul Lensch.

Die folgenden Bemerkungen zur jetzigen Lage der sozialdemokratischen Partei gehen uns von dem Verfasser des Buches „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" zu; sein kritischer und individueller Standpunkt ist bekannt, um den Leser zu eigenen Vorbehalten zu veranlassen.

Der Ausbruch der wirtschaftlichen Revolution, die in den gewaltigen Massenstreiks zum Ausdruck kommt, stellt eine höchst ernste Niederlage der Sozialdemokratie dar. Wie im Januar 1918 die große Streikbewegung sich hinter dem Rücken der Führerschaft, der politischen wie der gewerkschaftlichen, organisiert hatte, was schon damals ein außerordentlich gefährliches Anzeichen war, wie die Revolution am 9. November für die Partei eine Ueberraschung war, so ist auch die jetzige unaufhaltsame Streikbewegung hinter dem Rücken von Partei und Gewerkschaften, ja wider ihren Willen, herausgewachsen. In diesen Tatsachen kommt zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie in steigendem Maße den Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung zu verlieren droht. Die Bewegung hat sich ein anderes Bett gegraben und scheint der alten Führerschaft völlig aus den Händen zu gleiten.

Für den Fernerstehenden ist das eine unbegreifliche Tatsache, besonders wenn man das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, wo die sozialdemokratie über 11 Millionen Stimmen auf sich vereinigte, sich vor Augen hält. Allein dieses Wahlergebnis war bereits ein Zeichen, wie sehr sich die Sozialdemokratie auf dem absteigenden Aste befand. Am 9. November fand ohne jede Frage der größte Teil der gesamten Nation hinter ihr, am 19. Januar vermochte sie nicht einmal mehr die Hälfte der Mandate zu erobern, und die folgenden Wahlen haben diesen Niedergang nur noch bestätigt, und zwar besonders in Berlin in einem für die Partei einfach erschreckenden Umfang. Bei den Kommunalwahlen waren die Unabhängigen in Groß Berlin bereits die stärkste Partei. Die Sozialdemokratie hatte im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung annähernd 200 000 Stimmen eingebüßt.

Die Gründe hierfür sind mannigfach. Sie liegen, abgesehen von den psychologischen Konsequenzen, die ein so langer Krieg mit der furchtbarsten Unterernährung und Nervenbelastung notwendigerweise zeitigen mußte, in folgendem. Die Sozialdemokratie wie die Nationalversammlung haben die aktuellen Bedürfnisse und Wünsche der arbeitenden Massen in schwerer Weise mißkannt. Seit dem 9. November ist ohne Frage ein wahres Füllhorn politischer Rechte und demokratischer Errungenschaften über Deutschland ausgeschüttet worden, aber ebenso wahr ist, daß alles das auf unsere Arbeiterschaft einen äußerst geringen Eindruck gemacht hat. Das Interesse für die Nationalversammlung und die in Weimar gehaltenen Reden ist äußerst gering, und zwar gerade in den Kreisen, die mit großen Erwartungen der Revolutionsversammlung entgegengesehen haben. Man erlebte nur eine nicht einmal wesentlich verbesserte Neuauflage des alten Reichstages mit seinen gottlichen Monarchen. Man vermaß, daß mit Eroberung der politischen Rechte, die die Arbeiterklasse der anderen Länder schon lange besaß, für die deutsche Arbeiterklasse eine neue Epoche eingetreten war und daß nunmehr der wirtschaftliche Kampf, und zwar dieser um seinen eigentlichen Kernpunkt, nämlich das Lohnverhältnis selber, auf die Tagesordnung gesetzt war. Man versagte nach der Sozialisierung. Der Rat der Volksbeauftragten glaubte, diesem Verlangen mit der Gründung eines Diskussionsklubs, der Sozialisierungskommission, zu entsprechen, in ihr herrschen wenig Praktiker, dafür aber viele „unabhängige" Theoretiker und professorale Doctrinäre berufen worden. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, der nicht anders als mit einer vollen Bankerotterklärung ausgehen konnte. Die Arbeiten der Kommission endeten, für die Oeffentlichkeit jedenfalls, völlig ergebnislos. Inzwischen gingen die Arbeiter auf ihre Art an die praktische Lösung der Sozialisierung, und zwar sofort in den Betrieben, in denen die große Schlagader der Volkswirtschaft liegt, in der Kohlenindustrie. Selbstredend standen an der Spitze dieser Streiks „Hetzer", die der großen Mehrheit ihren Streikwillen aufzwangen. Allein so ganz ohne „Hetzer" ging es schon zur Zeit des letzigen Putschversuchs nicht ab, der hinter jedem Streik die Hydra der sozialen Revolution erblickte. Und auch damals hieß es schon, die Mehrheit seien brave Leute, die gar nicht ans Streiken dächten. Damals hat die Sozialdemokratie solche Redensarten ausgelacht und erwidert, man solle lieber darüber nachsinnen, wie es möglich sei, daß die Minderheit einen so großen Einfluß auf die Mehrheit habe gewinnen können. Nur ist ein energisches Vorgehen gegen die Art und Weise, wie im Industriegebiet der Streik inszeniert und die deutsche Volkswirtschaft der furchtbarsten Erschütterung entgegengeführt wurde, ohne Frage absolut notwendig, aber es ist verhängnisvoll, zu glauben, daß das alles nur Wahnsinn und Verbrechen sei und daß man Gewalt allein auszumachen. Den der Bewegung zugrunde liegenden gesunden Kern, nämlich die Aufhebung des Kohlenmonopols einer Handvoll privater Monopolbesitzer, hat die Regierung wie die Nationalversammlung nicht rechtzeitig erkannt. Deshalb flammte die Streikbewegung, als sie im Aufgrabeln niedergeschlagen war, in ganz Mitteldeutschland neu auf und hat jetzt auch die Hauptstadt ergriffen. In letzten Augenblick hat die Regierung das Versäumte wieder gut machen und durch einen Aufruf, in dem die Sozialisierung versprochen wurde, die Bewegung wieder dämpfen wollen. Auch das Problem des Rätesystems ist von den früheren Volksbeauftragten wie von der jetzigen Regierung viel zu sehr auf die leichte Achsel genommen. Auch hier kam die neue Epoche des deutschen Arbeiterkampfes zum Ausdruck, das Abflauen des politischen Interesses nach Erreichung aller politischen Ziele und das Ueberwiegen des wirtschaftlichen Interesses mit dem Kerngedanken: Sozialismus, völlige Umgestaltung des bisherigen Verhältnisses zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter. Hier glaubte die Regierung, noch mit alten Mitteln auszukommen. Ihr Versagen auf diesem Gebiete hat ihr die schärfsten Kritiken gerade von sozialdemokratischen Arbeitern der Mehrheit eingebracht. Die Groß Berliner Vertrauensleute der Betriebe und die Arbeiterräte der Mehrheitspartei haben einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Verankerung des neuen Arbeiterrechts, des Rätesystems, in die